

Antrag 1797/2024 zur Sitzung des Stadtrates am 16.12.2024

Sozialen Zusammenhalt stärken – Austerität verhindern (Die Linke)

Nach einer kurzen Phase der sprudelnden Steuereinnahmen und des Schuldenabbaus findet sich die Landeshauptstadt Mainz im Jahr 2024 wieder in der finanziellen Krise. Grund hierfür ist nicht, dass die Mainzer*innen in den letzten Jahren in Saus und Braus lebten, sondern zum einen eine Bundespolitik, welche die Kommunen seit Jahrzehnten mit immer mehr Aufgaben und Kosten belastet, ohne einen angemessenen Ausgleich zu schaffen und zum anderen einer katastrophal gescheiterten Finanzpolitik des Mainzer Stadtrats. Der Mainzer Stadtrat hatte im Herbst 2021 den Hebesatz der Gewerbesteuer, in einem gescheiterten Versuch ein rheinland-pfälzisches Steuerparadies für Unternehmen zu werden, auf den geringsten Steuersatz im ganzen Bundesland gesenkt – nur Die Linke stimmte gegen dieses kurzsichtige Vorhaben. Die Folge: Ein gigantisches Steuergeschenk an die in Mainz ansässigen Unternehmen von über 600 Millionen Euro – im Übrigen ist das fast genau der Fehlbetrag, den die Finanzverwaltung für den städtischen Haushalt bis 2028 prognostiziert. Die erhoffte Ansiedlung von Unternehmen durch den geringen Steuersatz blieb aus. Als Folge dieser Faktoren sieht die Mainzer Stadtgesellschaft jetzt einem Kürzungs- und Teuerungsprogramm entgegen. Neben der Erhöhung der Grundsteuer B, die das ohnehin teure Wohnen in Mainz noch teurer machen wird, sollen zahlreiche Leistungen gekürzt und Beiträge erhöht werden. Die gescheiterte Finanzpolitik der Verantwortungsträger*innen in Mainz und Berlin sollen jetzt vor allem die Mainzer Bürger*innen ausbaden.

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 wird folgendermaßen geändert:

1. Neutrale Umsetzung der Grundsteuerreform und Schonung der Mainzer Mieter*innen: Senkung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf 403 Punkte.
2. Die Einführung einer kommunalen Gewerbesteuerprüfung. Ein entsprechender Bereich mit ausreichender Stellenausstattung ist zu schaffen.
3. Entlastung für Mainzer Familien: keine Beitragserhöhungen für Essen an Mainzer Schulen und Kitas.
4. Am Beschluss, das „Haus des Sports“ zu erwerben wird festgehalten so lange keine günstigere Alternative gefunden wurde.

5. Die Wohnbau Mainz wird weiterhin bei der Schaffung und Bewirtschaftung von günstigem Wohnraum unterstützt - durch Darlehen und Verzicht auf Gewinnausschüttung.
6. Die Mobilitätswende darf nicht scheitern – zügige Umsetzung des Straßenbahnausbaus durch die städtischen Tochterunternehmen.

Tupac Orellana